



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 9. Oktober 2013
(OR. en)**

14103/13

**EMPL 11
SOC 740
EDUC 365
ECOFIN 837**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des	Vorsitzes
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil) / Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Betr.:	Die soziale Dimension der WWU – <i>Orientierungsaussprache</i>

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zum eingangs genannten Thema, der im Hinblick auf die Orientierungsaussprache im Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 15. Oktober 2013 erstellt wurde.

Die soziale Dimension der WWU

Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Europa haben sich infolge des Konjunkturrückgangs und der anhaltenden Finanzkrise grundlegend verändert. Die negativen Entwicklungen der letzten Jahre haben erhebliche Ungleichgewichte im Beschäftigungs- und Sozialbereich, insbesondere innerhalb des Euro-Währungsgebiets, verursacht und die strukturellen Schwächen der Governance auf EU-Ebene aufgezeigt. Eine nachhaltige wirtschaftliche und politische Entwicklung Europas, die unter anderem auf eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt¹, gestützt ist, erfordert ständige Anpassungen. Es ist zu prüfen, ob die vorhandenen Instrumente der EU ausreichen, um die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) voranzubringen.

Die sich in vielen Mitgliedstaaten verschlechternden Arbeitsmarkt- und Sozialbedingungen – in Verbindung mit der Gefahr, dass sich die Ungleichgewichte im Beschäftigungs- und Sozialbereich innerhalb des gemeinsamen Währungsraums ausweiten – haben Diskussionen über *die soziale Dimension der WWU* und über die Notwendigkeit entfacht, nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch die beschäftigungs- und sozialpolitischen Maßnahmen besser zu koordinieren. In der ersten Hälfte dieses Jahres hat auf verschiedenen Ebenen (Minister und Ausschüsse) ein erster Gedankenaustausch hierzu stattgefunden.

Verfahren

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung im Juni deutlich zum Ausdruck gebracht, dass *die soziale Dimension der WWU gestärkt werden sollte*, und einige Bestandteile dieser Stärkung genannt. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates heißt es, dass als erster Schritt eine bessere Überwachung mittels entsprechender sozial- und beschäftigungspolitischer Indikatoren im Rahmen des Europäischen Semesters erfolgen sollte und dass für eine bessere Koordinierung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Strategien gesorgt werden sollte. Den Sozialpartnern sollte in ihren Zuständigkeitsbereichen eine Schlüsselrolle zukommen. Die Staats- und Regierungschefs sind übereingekommen, auf ihrer Tagung im Oktober unter anderem die soziale Dimension der WWU zu erörtern.

¹ Artikel 3 EUV.

Die für Beschäftigung und Soziales zuständigen Minister haben sich auf der informellen Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) in Vilnius mit dem Thema befasst. Im Anschluss an die ersten einschlägigen Erörterungen in der ersten Jahreshälfte 2013 wird der Vorsitz dem Präsidenten des Europäischen Rates im Vorfeld der Oktober-Tagung des Europäischen Rates über die Hauptaspekte der Aussprache im Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) berichten. Darüber hinaus wird die soziale Dimension der WWU am 24. Oktober 2013 im Rahmen des Dreigliedrigen Sozialgipfels erörtert werden. Im Hinblick auf die vom Europäischen Rat im Dezember zu fassenden Beschlüsse wird die Erörterung des Themas *"Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion"* in den kommenden Monaten in unterschiedlichen Gremien und auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt werden.

Überwachung und Koordinierung

Größere Ungleichgewichte im Beschäftigungs- und Sozialbereich haben negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung einzelner Mitgliedstaaten und des gesamten Euro-Währungsgebiets und könnten daher Probleme für die langfristige Tragfähigkeit der Währungsunion aufwerfen. Eine verstärkte Überwachung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklungen und Herausforderungen könnte den bestehenden Governance-Rahmen insofern ergänzen und verstärken, als sie die frühzeitige Ermittlung größerer Ungleichgewichte im Beschäftigungs- und Sozialbereich, welche die Stabilität der WWU bedrohen könnten, ermöglicht.

Auf Grundlage der fachlichen Beiträge der Kommissionsdienststellen haben der Beschäftigungsausschuss und der Ausschuss für Sozialschutz über ein mögliches Scoreboard der wichtigsten Beschäftigungs- und Sozialindikatoren beraten, das auf dem bestehenden Überwachungsrahmen für das Europäische Semester aufbauen würde, d.h. auf dem Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich (EPM), dem Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes (SPPM) und dem Gemeinsamen Bewertungsrahmen (JAF). Dieses vollständig in den Prozess des Europäischen Semesters integrierte Scoreboard würde im Lichte der detaillierteren, von diesem bestehenden Rahmen bereitgestellten Hintergrundinformationen betrachtet werden und könnte die systematische Erkennung und Antizipation zentraler Herausforderungen im Beschäftigungs- und Sozialbereich erleichtern. Dies würde wiederum die Möglichkeit bieten, diese zentralen Herausforderungen zeitnah anzugehen und die Entstehung von Ungleichgewichten im Beschäftigungs- und Sozialbereich zu verhindern.

Im Hinblick darauf hat die Kommission in ihrer Mitteilung vom 2. Oktober² die folgenden fünf Leitindikatoren für das Scoreboard vorgeschlagen, die in den Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts aufgenommen würden:

1. die Arbeitslosenquote und ihre Entwicklung;
2. der Anteil der NEET (*der jungen Menschen, die weder in Arbeit noch in Ausbildung sind*) und die Jugendarbeitslosenquote;
3. das verfügbare Bruttorealeinkommen der Haushalte;
4. die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter;
5. Ungleichheiten (Quote S80/S20).

Diese Indikatoren sollten dazu beitragen, dass potenziell gefährliche Entwicklungen frühzeitig erfasst werden und dass größere beschäftigungs- und sozialpolitische Probleme ermittelt werden können, die angegangen werden müssen, weil sie schwer wiegen und/oder das reibungslose Funktionieren der Währungsunion zu beeinträchtigen drohen.

Das Scoreboard würde die bestehende Ermittlung der Herausforderungen ergänzen, mit denen die Mitgliedstaaten auf ihrem Weg zur Verwirklichung der Europa-2020-Ziele konfrontiert sind. Es würde auch dazu beitragen, die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte besser mit den gesamtpolitischen Erwägungen zu verknüpfen.

Zusätzlich könnte eine begrenzte Anzahl von Hilfsindikatoren für den Beschäftigungs- und Sozialbereich zu dem Warnmechanismus-Bericht (WMB) hinzugefügt werden, um die sozialen Folgen makroökonomischer Ungleichgewichte in dem laufenden Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (MIP) besser zu berücksichtigen.

Die Koordinierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik findet im Rahmen des Europäischen Semesters statt. Mit dem Europäischen Semester ist die Koordinierung der nationalen wirtschaftspolitischen Strategien von einem Ex-post- zu einem Ex-ante-Ansatz verändert worden, was Auswirkungen auf die beschäftigungs- und sozialpolitischen Strategien über die Ex-ante-Koordinierung der Haushalts- und Fiskalparameter dieser Strategien hat. Der Ausschuss für Sozialschutz nimmt derzeit die Ex-ante-Koordinierung der wichtigen sozialpolitischen Reformen vor und wird dem Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) über den Stand seiner Tätigkeiten berichten.

² Dok. 14102/13.

Sozialer Dialog

Eine stärkere Rolle der Sozialpartner, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, würde zu einer größeren Akzeptanz der wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen beitragen. In der Mitteilung der Kommission vom Oktober sind diesbezüglich einige zentrale Aspekte dargelegt, zu denen der Sozialdialog verstärkt werden könnte. Die uneingeschränkte Nutzung der bestehenden Verfahren, wie der Aussprachen vor und nach der Vorlage des Jahreswachstumsberichts oder der Tagung im Vorfeld der März-Tagung des Dreigliedrigen Sozialgipfels, sowie eingehende Beratungen mit den Sozialpartnern im Kontext der länderspezifischen Empfehlungen sollten die Sozialpartner stärker in den Prozess einbinden und somit den Sozialdialog stärken.

Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Beratungen auf der Tagung des Europäischen Rates werden die Minister ersucht, sich mit den folgenden Fragen zu befassen:

- 1. Stimmen die Mitgliedstaaten dem Vorschlag über das Scoreboard der wichtigsten Beschäftigungs- und Sozialindikatoren zu? Wie könnten diese Indikatoren zur allgemeinen Politikentwicklung im Rahmen des Europäischen Semesters beitragen?*
- 2. Halten die Mitgliedstaaten es für notwendig, eine begrenzte Anzahl von Hilfsindikatoren für den Beschäftigungs- und Sozialbereich zu dem Warnmechanismus-Bericht (des MIP) hinzuzufügen, damit die sozialen Folgen makroökonomischer Ungleichgewichte besser berücksichtigt werden?*
- 3. Welcher der vorgeschlagenen Mechanismen zur Stärkung des Sozialdialogs könnte am wirksamsten sein und könnte daher weiterentwickelt werden? Wie könnte der Sozialdialog auf europäischer und auf nationaler Ebene besser miteinander verknüpft werden?*